

1095 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIII. GP

14. 3. 1974

Regierungsvorlage

**Bundesgesetz vom XXXXXXXXXX
über die Leistung eines österreichischen Bei-
trages an den Fonds des Umweltprogramms
der Vereinten Nationen**

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Der Bundesminister für Gesundheit und
Umweltschutz wird ermächtigt, namens der Re-

publik Österreich an den Fonds des Umwelt-
programms der Vereinten Nationen für das
Jahr 1974 einen Beitrag in Höhe von 200.000 US-
Dollar zu leisten.

§ 2. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes
sind nach Maßgabe der Bestimmungen des Bun-
desministeriengesetzes 1973 der Bundesminister
für Gesundheit und Umweltschutz und der Bun-
desminister für Finanzen betraut.

Erläuterungen

I. Allgemeines

Die Generalversammlung der Vereinten Na-
tionen hat am 16. Dezember 1972 beschlossen,
den Fonds des Umweltprogramms der Verein-
ten Nationen zu schaffen, der seinen Aufwand
aus freiwilligen Beiträgen der Mitgliedstaaten be-
streiten soll. Verwaltet wird der Fonds nach den
Richtlinien des ebenfalls neu ins Leben gerufenen
Verwaltungsrates des Umweltprogramms der
Vereinten Nationen. Dem Verwaltungsrat gehö-
ren derzeit 58 Staaten, darunter auch Österreich,
an.

Diesen Maßnahmen ging ein vorbereitender
Beschluss der UN-Konferenz für die menschliche
Umwelt in Stockholm im Juni 1972 voraus. Bei
dieser Konferenz war Österreich überaus bestrebt,
das neue Umwelt-Sekretariat der Vereinten Na-
tionen nach Wien zu bringen. Dementsprechend
hat die österreichische Delegation in Stockholm
auch ein substantielles Engagement Österreichs
für den Umweltfonds in Aussicht gestellt.

Wenn auch der Sitz der neuen Sekretariats-
einheit nicht nach Österreich, sondern nach Nai-
robi verlegt wurde, so sprechen doch zumindest
zwei Gründe für eine finanzielle Beteiligung
Österreichs am Umweltfonds:

- a) Der internationale Charakter der Umwelt-
politik macht eine verstärkte Aktivität der
Vereinten Nationen, wie sie aus dem Fonds
finanziert werden soll, unerlässlich.
- b) Österreich wurde mit der höchsten Stim-
menzahl in den Verwaltungsrat des UN-
Umweltprogramms gewählt.

Anlässlich der Tagung des Verwaltungsrates in
Genf (12. bis 22. Juni 1973) war seitens der
österreichischen Delegation die Bereitschaft er-
klärt worden, an den Umweltfonds einen Betrag
von 200.000 US-Dollar zu leisten. Dieser Betrag
wurde auch im Bundesfinanzgesetz für das Jahr
1974 bei den Ansätzen des Bundesministeriums
für Gesundheit und Umweltschutz berücksichtigt.

Da die Beiträge von einzelnen Staaten an den
Fonds eine freiwillige Leistung dieser Staaten
darstellen und nicht der Budgethoheit der Ver-
einten Nationen im Rahmen der Festsetzung der
regulären Beiträge ihrer Mitglieder unterliegen,
ist die Beitragsleistung eine innerstaatliche Ange-
legenheit der einzelnen Staaten und unterliegt
daher der nationalen Rechtsordnung. Da in
Österreich eine gesetzliche Ermächtigung für eine
derartige Beitragsleistung weder im Bundesver-
fassungsgesetz noch in einem Spezialgesetz ent-

halten ist und auch nicht durch Völkerrecht gedeckt wird, muß diese Ermächtigung durch das gegenständliche Gesetz erlangt werden.

Der Gesetzesbeschluß fällt nicht unter die Bestimmung des Art. 42 Abs. 5 B-VG und bedarf daher der Mitwirkung des Bundesrates.

II. Bemerkungen im einzelnen

Zu § 1:

Der Betrag von 200.000 US-Dollar stellt international gesehen einen eher geringfügigen Beitrag dar, wenn man bedenkt, daß die Schweiz dem Fonds einen Gesamtbetrag von 5 Millionen

Schweizer Franken (verteilt auf fünf Jahre) in Aussicht gestellt hat. Es ist somit wahrscheinlich, daß auch in kommenden Jahren von österreichischer Seite weitere, den Erfordernissen des UN-Umweltprogramms angemessene Beiträge zu leisten sein werden, welche allerdings auch einer neuen gesetzlichen Ermächtigung bedürfen werden. Das vorliegende Gesetz hat somit den Zweck, den vom Direktor des Umweltsekretariats der Vereinten Nationen bereits dringend erbetenen österreichischen Beitrag für 1974 rechtlich zu decken.

Zu § 2:

Vollzugsklausel.